

Österreichisches Familiennetzwerk
Kundgebung „Familie ist Zukunft“ am 6. September 2008
Ansprache des Koordinators Günter Danhel

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Familie schenkt Zukunft – Unter diesem Motto steht die Kundgebung des Österreichischen Familiennetzwerks, die ich hiermit formell eröffne. Mein Name ist Günter Danhel und ich bin hier als Koordinator des Familiennetzwerks. Sehr herzlich begrüße ich alle Partnerinnen und Partner des Familiennetzwerks und alle Familien aus nah und fern. Danke, dass sie alle gekommen sind und damit die Unterstützung unserer gemeinsamen Anliegen zum Ausdruck bringen.

Besonders begrüße ich die Politikerinnen und Politiker als Repräsentanten ihrer Parteien. Ich danke ihnen ausdrücklich dafür, dass sie zu unserer Veranstaltung gekommen sind. Sie - bzw. ihre Fraktionen - werden im Anschluss an die Überreichung unserer Forderungen die Gelegenheit haben, kurz ihre Meinung zu unseren Vorschlägen sowie ihre eigenen familienpolitischen Positionen darzulegen.

Es freut mich, dass nicht nur viele Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens unter uns sind, sondern dass neben anderen Einrichtungen der Zivilgesellschaft die Katholische Kirche durch den Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz und Wiener Erzbischof Kardinal Schönborn sowie durch „Familienbischof“ Küng und den Wiener Bischof Scharl prominent vertreten ist. Die Bischöfe bringen damit ihre Unterstützung für die Anliegen der Familien zum Ausdruck. Danke für dieses ermutigende Zeichen der Solidarität!

Ebenso begrüße ich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien – mit ihrer Hilfe können wir unsere Positionen und Forderungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Danke für ihr Kommen und ihre Unterstützung!

Was ist das Familiennetzwerk? Wie ist es entstanden und wie arbeitet es?

Viele Familien haben in den vergangenen Monaten und Jahren ihre Besorgnis über die unzureichende Berücksichtigung ihrer Anliegen zum Ausdruck gebracht. Das Institut für Ehe und Familie (IEF) hat vor einem Jahr die Initiative ergriffen und zur Gründung eines Familiennetzwerks eingeladen – inspiriert von Vorbild des deutschen Familiennetzwerks. Dieser Aufruf hat ein unerwartet starkes Echo gefunden – eine Planungsgruppe wurde eingesetzt und eine Strategietagung abgehalten, bei der ein „Grundlagentext“ – sozusagen die „Charta“ des Familiennetzwerks – erarbeitet und einvernehmlich verabschiedet wurde.

Der erste Schritt an die Öffentlichkeit erfolgte mit der Auftaktveranstaltung am 13. Mai zum Thema „Steuerliche Gerechtigkeit für Familien“. Eine Homepage (www.familiennetzwerk.at) wurde eingerichtet und in der Folge ein familienpolitischer Forderungskatalog erarbeitet. Das Netzwerk versteht sich als wissensbasiert, überparteilich und überkonfessionell, alle Aussagen werden gemeinsam erarbeitet und vertreten. Die Mitwirkung erfolgt ehrenamtlich, die Finanzierung weitestgehend durch Spenden. Das Netzwerk ist kein neuer Dachverband und keine bürokratische

Struktur, es will bestehende Initiativen und Ansätze bestärken und durch Koordination und Vernetzung zu besserer Wirksamkeit bringen. Es wird getragen von Bewegungen, Organisationen, Gruppen, Familien und Einzelpersonlichkeiten.

Das Familiennetzwerk setzt sich für eine umfassend kinder- und familienfreundliche Gesellschaft ein. Dazu gehören sowohl materielle wie ideelle Aspekte. Es will die Familien als „Subjekte“ der Familienpolitik stärken. Familien als einzige Garanten der Fortsetzung und Zukunft der Gesellschaft (man denke hier an die demographische Entwicklung!) sind die wichtigsten Sozialpartner und haben einen Anspruch auf Gerechtigkeit, Mitwirkung und Mitgestaltung. Unsere wichtigsten Ziele sind Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sowie eine bessere Berücksichtigung der Leistungen (wie Erziehung, Betreuung und Pflege), die Familien – auch im Interesse der Allgemeinheit – erbringen.

Erkenntnisse der Werteforschung belegen, dass Familie nach wie vor einen hohen Stellenwert auch bei jungen Menschen einnimmt. Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen bereitzustellen, die es möglich machen, Kinderwünsche zu realisieren. Familien sollen im Alltag ohne Benachteiligung oder Diskriminierung leben können; ihre Autonomie und Freiheit verdient Respekt, Beachtung und Förderung.

Familien stehen im Zentrum der Gesellschaft und sind deren wichtigste Leistungsträger – sie sind keine „Almosenempfänger“ am Rande der Gesellschaft. Es geht ihnen nicht um Förderung im Sinne von „Privilegierung“, sondern um eine bessere Wahrnehmung, Bewertung und Abgeltung ihrer Leistungen. Daher soll der bisherige Familienlastenausgleich zu einem umfassenden Leistungsausgleich weiterentwickelt werden. Solidarität, wie sie täglich zwischen den Generationen gelebt wird, bedarf als Voraussetzung der Generationengerechtigkeit – jede Generation muss zumindest genau so viele Lebenschancen vorfinden wie die Generation vor ihr (bitte denken sie jetzt nicht nur an den Umweltschutz, sondern auch an die Überschuldung öffentlicher Haushalte, die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen auf die verschiedenen Generationen, die Finanzierungserfordernisse des Sozialsystems usw. usf.!).

Lassen sie mich anhand einiger Begriffe unsere Absichten und Ziele präzisieren. Arbeit wird von vielen im traditionellen Sinne als Erwerbsarbeit verstanden. Dabei wird übersehen, dass die Familienarbeit auch einen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Wert darstellt. Der fünfte deutsche Familienbericht setzt den Wert der Familienarbeit mit 51 % Anteil am BIP an. Dringend erforderlich ist also – und es sei an dieser Stelle nochmals wiederholt - eine bessere Wahrnehmung, Bewertung und Abgeltung der Familienleistungen wie Erziehung, Betreuung und Pflege. Familienarbeit und Erwerb müssen ebenbürtig werden. Und vielleicht werden unsere „Normalbiographien“ bald anders gelebt werden als bisher: Phasen des Erwerbs und der Familienarbeit lösen einander ab, ohne dass an den Übergängen schwerwiegende Nachteile wie derzeit entstehen, angesichts nach wie vor steigender Lebenserwartung werden wir auch länger arbeiten - und zwar möglicherweise mehr in der Familie, weniger im Erwerb. Viele, vor allem Frauen, tun dies bereits heute, z. B. in der Pflege hoch betagter Familienangehöriger – derzeit allerdings oft nur unzureichend abgegolten. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb kann gewiss besser „nacheinander“, als gleichzeitig bewältigt werden.

In jüngster Zeit sind von verschiedener Seite familienpolitische Maßnahmen vorgeschlagen worden. Grundsätzlich ist alles zu begrüßen, was die Situation von Familien erleichtert. Allerdings stellt sich bei näherer Betrachtung nicht alles, was gut gemeint ist, auch tatsächlich als gut im Interesse der Familien dar.

Erziehung ist Elternverantwortung, das heißt, alle Eltern haben das Recht und die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder. Im Sinne der Wahlfreiheit ist es nicht akzeptabel, Formen der institutionellen Kinderbetreuung weiter zu Lasten der selbst betreuenden Eltern finanziell zu fördern. Bei einem verpflichtenden Kindergartenbesuch ab dem fünften Lebensjahr stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit einer solchen Maßnahme. Wenn tatsächlich bei bestimmten Gruppen bildungsmäßige Nachteile vorliegen – ist eine Zwangsmaßnahme für die gesamte Altersgruppe vertretbar?

Eine zusätzliche Familienbeihilfenzahlung verschafft gewiss punktuelle Erleichterung. Tatsache bleibt jedoch, dass die Familienbeihilfe in den letzten Jahren rund ein Fünftel ihres Werts verloren hat, während andere Transferzahlungen laufend valorisiert oder sogar überproportional erhöht wurden.

Zusätzliche Varianten bei der Gewährung von Kinderbetreuungsgeld täuschen eine Wahlfreiheit vor, die keine ist. Letztlich bezwecken alle derzeit in Diskussion stehenden Vorschläge eine noch frühere Rückkehr der Mutter in den Erwerb. Neben einer offensichtlichen Diskriminierung der Eigenbetreuung negieren derartige Bestrebungen alle Erkenntnisse der modernen Bindungsforschung, wonach konstante Bezugspersonen in den ersten drei Lebensjahren für die frühkindliche Entwicklung unabdingbar sind.

Ein von manchen vorgeschlagener „Pensionistenpreisindex“ verstellt den Blick auf die Tatsache, dass Familien in einem noch viel höheren Ausmaß als andere Gruppen von der Teuerung betroffen sind. Gerade bei Familien fließt ein hoher Anteil des Einkommens sofort wieder in den Konsum, wodurch zusätzlich zur Benachteiligung bei der Einkommenssteuer noch die Belastung durch die indirekten Steuern (z. B. auf Wohnen, Energie, Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs) kommt. Eine zukünftige Steuerreform ist daran zu messen, inwieweit sie die Situation der Familien spürbar verbessert. Es ist nämlich von wahrhaft existenzieller Bedeutung, wie viele Familienmitglieder von einem Einkommen leben müssen. Existenzrecht geht vor Steuerpflicht! Diesem Gesichtspunkt muss stärker als bisher Rechnung getragen werden.

Ein gesellschaftliches Tabu ist der umfassende Schutz des Lebens – am Anfang und am natürlichen Ende des menschlichen Lebens. Wann werden – zumindest - die seit mehr als 30 Jahren versprochenen „flankierenden Maßnahmen“ im Schwangerschaftskonflikt realisiert? Der weitere Ausbau und die Verbesserung der Beratung, eine Bedenkzeit nach einschlägiger Beratung, wirksamere materielle Hilfen, eine wissenschaftliche Erforschung der Motive wären für viele Frauen, Paare und Familien eine große Hilfe – und ein wichtiges Signal für die gesamte Gesellschaft! Dies gilt zum Beispiel auch für eine gesetzliche Ächtung der Euthanasie in Verbindung mit einer Verbesserung der Betreuung Sterbender oder eine Beschränkung bei gewissen - bioethisch problematischen – Entwicklungen im Bereich der Fortpflanzungsmedizin (stichwortartig genannt seien hier nur IVF, die oft fehlende Beratung bei Pränataldiagnostik, die nicht wünschenswerte PID und vieles mehr).

All dies erfordert ein Umdenken – hin zu einer wahrhaft lebens-, kinder- und familienfreundlichen Kultur. Unsere Gesellschaft benötigt ein erneuertes Betriebssystem: eine umfassende Kinder- und Familienfreundlichkeit anstelle einer „strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien mit Kindern“. Dazu gehören auch und wesentlich ideelle Aspekte.

Familie ist, wo zumindest zwei Repräsentanten unterschiedlicher Generationen in einer Beziehung leben, die durch Dauerhaftigkeit, Verantwortung und – hoffentlich auch! – Liebe gekennzeichnet ist. Auch wenn heute verschiedene Lebenskonzepte und –entwürfe scheinbar gleich gültig nebeneinander stehen, ist es das Leitbild der auf der Ehe von Mann und Frau begründeten Familie individuell und gesellschaftlich unverzichtbar. Und rund 75 % der Kinder in unserem Land leben in einer solchen Familienform.

Wir legen heute ein anspruchsvolles Programm vor und wir setzen hohe Erwartungen in die Politik. Und wir wissen, dass die Realisierung unserer Vorstellungen guten Willen und das Verlassen mancher eingefahrener Wege und Denkgewohnheiten voraussetzt. Dabei wird die Politik im Familiennetzwerk auch zukünftig einen konstruktiven, vielleicht manchmal auch kritischen Partner finden. Aber es braucht dazu auch erneuerte Strukturen und Institutionen: so zum Beispiel ein Familienministerium, das alle Geschlechter- und Generationenkompetenzen unter einem Dach vereinigt. Eine „Familienorientierungsklausel“ in der Verfassung könnte gewährleisten, dass alle gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen vor ihrem Beschluss auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden. Was im Umweltschutz gang und gebe ist, sollte doch in analoger Weise auf Familien Anwendung finden.

Eine Herabsetzung des Wahlalters wurde vor kurzem realisiert – wäre nicht zuletzt angesichts der demographischen Entwicklung nicht auch die Einführung eines Kinderwahlrechts zu prüfen? Die Politik ist auch herausgefordert zu einer Fernverantwortung für kommende Generationen!

Und wie sieht es mit der Vertretung der Familien und ihrer Interessen in den politischen und administrativen Strukturen aus? Manche Sozialpartner sind nunmehr sogar in der Bundesverfassung verankert. Eine Bundesseniorenvertretung wird mit nicht unbeträchtlichen Finanzmitteln gefördert. Und die Familien als wichtigste Sozialpartner, als Garanten der Zukunft und Fortsetzung der Gesellschaft? Werden ihre Leistungen weiterhin als selbstverständlich „konsumiert“, während ihre Lasten weitgehend individualisiert und privatisiert bleiben? Wo werden sie, die „Subjekte“ der Familienpolitik, gehört? Wo sind sie in Prozesse politischer Willensbildung und Gestaltung tatsächlich eingebunden?

Die „Strasse“ ist nicht der beste Platz für politische Auseinandersetzungen. Wenn Familien sich – so wie heute – zu einer öffentlichen Kundgebung zusammenfinden, ist dies ein Zeichen, dass das Unbehagen und die Unzufriedenheit sehr groß sind. Videant consules, so hat ein antiker Politiker und Schriftsteller ausgerufen und so tun wir es heute, mögen die politisch Verantwortlichen Sorge dafür tragen, dass das Gemeinwesen und das Gemeinwohl nicht nur nicht Schaden nehme, sondern dass die Familie als natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und der ganzen Gesellschaft angemessene Berücksichtigung finden!